



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

F/XIV/252 - 5. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zwei Etatberatungen in einem Jahr Von Heinrich G. Ritzel, MdB	66
3 - 4	Die Gemeindewahlen in Baden-Württemberg Von August Kerger Referent für Kommunalpolitik beim Parteivorstand der SPD	52
5	Bittere, süsse Frucht Panamas Die Demonstration gegen die USA	35
6	Unmögliches Verfahren Ministerielle Missachtung des Verteidigungsausschusses	46
7	Deutsche in der Sowjetunion Man scheint sie vor allem in Sibirien zu beschäftigen	46

* * *
* *

Zwei Etatberatungen in einem Jahr

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der Bundesfinanzminister wird Anfang Dezember 1959 den bis dahin von der Regierung verabschiedeten Entwurf des Bundeshaushalts für 1960 dem Plenum des Deutschen Bundestages vorlegen. Dieser Entwurf wird eine Merkwürdigkeit sein in der Geschichte der deutschen Haushaltsgebarung und des deutschen Haushaltsrechts. Er bezieht sich nämlich nur auf neun Monate des Kalenderjahres 1960, weil mit Beginn des Kalenderjahres 1961 eine Neuregelung stattfinden soll: Das Kalenderjahr wird zugleich auch Haushaltsjahr, so daß wir es also rechnungstechnisch künftig mit einem Einheitsjahr zu tun haben, in dem sich die Monate und Tage decken.

Der Bundestag wird die Rede des Finanzministers zur Begründung des Haushaltsentwurfs 1960 entgegennehmen und ein oder zwei Tage später in der sogenannten ersten Beratung darüber debattieren, dann wird er den Entwurf dem Haushaltsausschuß des Bundestages zur Beratung überweisen. Diese Beratung kann erst am 10. Januar 1960 beginnen. Sie nimmt normalerweise einen Zeitraum von mindestens drei Monaten in Anspruch, wenn das Ergebnis verantwortlich und vertretbar sein soll. Im vorliegenden Fall wird der Haushaltsausschuß alles daran setzen müssen, um mit zwei Kalendermonaten, also bis Anfang März, ungeachtet etwaiger Feiertage fertig zu werden, denn der Haushalt 1960 soll unbedingt bis zum 31. März auch noch den Bundesrat im zweiten Durchgang passiert haben und durch Gesetz veröffentlicht werden.

Das ist nur möglich und vom Bundestag auch bereits so vorgesehen, wenn der Entwurf des Bundeshaushaltes im wesentlichen überrollt wird, d.h., wenn seine sachlichen und persönlichen Ausgabeansätze weitgehend vom vorangegangenen Rechnungsjahr 1959 unverändert übernommen werden. Diese Erwartung bleibt in der Praxis jedoch Theorie. Es hat sich immer und immer erwiesen, daß bei Überrollungshaushalten die Regierung sogenannte Nachschiebelisten vorlegte. Dann ist die Arbeit des Haushaltsausschusses keineswegs geringer, und von einem eigentlichen Überrollungshaushalt kann nicht gesprochen werden. Ein solcher Überrollungshaushalt enthält aber auch die Gefahr vielfacher Unrechts, und zwar

sowohl auf dem Gebiete der Personalpolitik als auch bei der Nichtberücksichtigung dringend notwendiger sachlicher Ansätze.

Die Bundesregierung muß dann ihrerseits alles daransetzen, um den Etatentwurf 1961 nach Ostern dem Bundesrat und dem Bundestag vorlegen zu können. Der Haushalt 1961 soll ab 1. Januar 1961 gelten, so daß sich das Haushaltsjahr gleich dem Kalenderjahr auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1961 erstreckt.

Es ist unvermeidlich, daß sich die Länder der Bundesrepublik dieser Umstellung anschließen. Es ist ebenso unvermeidlich, daß auch die Gemeinden ihre bisherigen Zeitbegriffe des Rechnungsjahres ändern müssen, d.h., auch sie werden ebenso wie die Kreise gezwungen sein, und zwar rechtzeitig, den Haushalt 1960 bis zum 1. April des nächsten Jahres unter Dach zu bringen und sofort an die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1961 zu gehen, damit dieser rechtzeitig im Dezember 1960 verabschiedet werden kann. Daß dies in allen Fällen keine leichte Arbeit ist, und daß insbesondere die mit der Beratung der Etatentwürfe befaßten Ausschüsse des Bundestages, der Länderparlamente, der Kreise und Gemeinden einer Belastung entgegengehen, die für die Öffentlichkeit vielfach unvorstellbar groß sein wird, ist eine unbestreitbare Tatsache.

Die Neuregelung weist viele Vorteile auf, aber auch die Nachteile werden nicht ausbleiben. Die Vorteile sind in erster Linie in einer Vereinfachung zu sehen, da nicht immer die Abweichungen zwischen Kalenderjahr und Rechnungsjahr beachtet werden müssen; es wird gesichert werden, daß auf einer normalen Grundlage Arbeitsaufträge, besonders im Bauwesen, auf Grund der in dem Haushaltsplan bewilligten Mittel rechtzeitig, d.h. frühzeitig erteilt werden können, und es werden im Verlaufe der Zeit andere Vorteile in Erscheinung treten, die sich bereits im Saarland, in Frankreich und anderswo gezeigt haben.

Es werden auch andererseits in der Überlastung der mit der Etat-aufstellung befaßten Beamtenschaft und mit der Gefährdung ihrer wohlverdienten Ferien Schwierigkeiten unvermeidbar - mindestens in der ersten Zeit -, deren man im Interesse des größeren Zieles Herr werden muß.

Die Gemeindewahlen in Baden-Württemberg

Von August Kerger

Referent für Kommunalpolitik beim Parteivorstand der SPD

Die Gemeinderats- und Kreistagswahlen in Baden-Württemberg am 8. November gestatten keinen echten Vergleich zu den Kommunalwahlen in den übrigen Bundesländern. Das hat seinen Grund in dem besonderen Gemeindewahlrecht in diesem Lande. Hiernach scheidet alle drei Jahre die Hälfte der Gemeindevertretung aus, während alle Kreisverordneten nach sechs Jahren neu gewählt werden. Das zu erwartende Wahlergebnis wird daher nur bedingt erkennen lassen, wohin der politische Trend geht.

Das komplizierte Wahlverfahren als Ausdruck und Mittel einer unmittelbaren Demokratie gestattet dem Wähler, einem bevorzugten Kandidaten zwei oder drei Stimmen zu geben und eine entsprechende Anzahl anderer Kandidaten zu streichen, die ihm weniger zusagen. Der Wähler kann aber auch, wenn er der Partei A grundsätzlich seine Stimme geben will, gleichzeitig auch einem Kandidaten von der Partei B und der Partei C gerne im Gemeinderat sehen möchte, dies dadurch erreichen, daß er unter die Wahlvorschläge auf seinem Teilstimmzettel die Namen des gewünschten Kandidaten der Partei B und C schreibt. Er muß dann jedoch dafür eine entsprechende Anzahl von Kandidaten auf seinem eigenen Teilstimmzettel streichen.

Bei diesem Wahlverfahren wird also kumuliert (Stimmen angehäuft) und panaschiert (Stimmen gemischt).

Selbstverständlich empfehlen die Parteien ihren Wählern, die Wahlvorschläge in ihrem Sinne abzugeben. Das Wahlverfahren zwingt die Parteien bei der Aufstellung der Wählerlisten zur Benennung von Kandidaten, die in ihrem Wahlgebiet als Persönlichkeiten eine besondere Anziehungskraft auf den Wähler ausüben. In den größeren Städten

wird zweifellos nach politischen Gesichtspunkten gewählt.

Die SPD darf mit Zuversicht dem Wahlausgang entgegensehen; die gute kommunalpolitische Arbeit, die in Stadt und Land von ihren Vertretern bisher geleistet wurde, berechtigt sie zu der Hoffnung, daß der Wähler sie am 8. November honorieren wird.

Der Wahlkampf ist bisher ruhig verlaufen. Die sogenannten Rathausparteien, die in Baden-Württemberg eine besondere Rolle spielen, haben auch dieses Mal wieder viel Wind gemacht. Die SPD lehnt diese Rathausparteien ab. Sie hat immer wieder erklärt, daß die leichtfertige Redensart, die Politik gehöre nicht ins Rathaus, schädlich, ja verhängnisvoll ist. Wenn der Parteienstaat die legitime Form des modernen demokratischen Staates überhaupt ist, so gebührt den Parteien auch eine entsprechende Stellung in den kommunalen Parlamenten.

Die Arbeit in der Gemeinde vollzieht sich nicht, wie oft behauptet wird, außerhalb des politischen Rahmens. Die sogenannten Rathausparteien sind zumeist Interessentengruppen, die ihre Entscheidungen in der Gemeinde nur von einem Teil her sehen und bei wichtigen grundsätzlichen Entscheidungen keine klare, auch in der Gemeinde notwendige politische Grundhaltung einnehmen. Es ist bemerkenswert, daß auch die freien Demokraten und die CDU diese Auffassung in verstärktem Maße vertreten.

In der Werbung um den Wähler wurde insbesondere auf die bisherigen kommunalen Leistungen hingewiesen, darüber hinaus wurden die großen aktuellen Fragen der Gemeindepolitik, hier insbesondere auch die finanzielle Notlage der Gemeinde herausgestellt.

+ + +

Bittere, süsse Frucht Panama

ED. Die Kunde von den schweren anti-amerikanischen Ausschreitungen in Panama werfen ein grelles Schlaglicht auf die gespannten Verhältnisse im karibischen Raum sowie auf die schlechten Beziehungen, die zwischen dem grossen Bruder im Norden und den mittelamerikanischen Republiken bestehen; hierbei sind es zum Teil weniger die Regierungen als die Volksmassen, die den Kampf gegen die "Yankees" auf ihre Banner geschrieben haben.

Wer erinnert sich nicht der Vorfälle in Lateinamerika beim Besuch des USA-Vizepräsidenten Richard Nixon, der in Venezuela und Peru die Zielscheibe der Hassgefühle geworden war. Dass es in der Zwischenzeit Washington offensichtlich nicht gelungen ist, eine Änderung in der Gefühlsstruktur des durchschnittlichen Lateinamerikaners zu erreichen, beweist zwei Dinge: einmal ist das Misstrauen tiefer und weniger leicht zu überwinden als man es mit Hilfe von "good will"-Touren und reichlich dotierter Finanzhilfe innerhalb von zwei Jahren auflösen könnte; zum anderen versuchen eine ganze Reihe von politischen Gruppen und Persönlichkeiten (und hierunter sind nicht nur Kommunisten) ständig die Flamme des "Anti-Yankeismus" am Brennen zu halten, um daran ihr eigenes machtpolitisches Süppchen kochen zu können. Für die Europäer, auch für diejenigen in der "alten Welt", die der amerikanischen Politik gegenüber den südlichen Nachbarn recht kritisch und reserviert gegenübergestanden haben, ist kein Grund zum Zämischen "Na siehst Du, haben wir immer schon kommen sehen", vorhanden. Die Interdependenz der weltpolitischen Zusammenhänge, besonders aber die Verbindungen der europäischen Staaten mit den USA, lassen keine Abseitsstellung in diesem Sinne zu.

Es wäre sehr bedauerlich und für den Bestand der westlichen Welt recht gefährlich, würde der lateinamerikanische Kontinent "Baden gehen". Noch ist zu hoffen, dass in den Demonstrationen in Panama die "helfende" Hand der panamesischen Regierung aus Gründen eigener nationalpolitischer, vielleicht auch wirtschaftlicher Erwägungen zu finden ist. Man kennt ja solche "Erpressungen". Dann wäre die Sache zu reparieren. Entpuppt sich aber der Krawall als Teil einer grossangelegten Aktion, dann möglicherweise "gute Nacht Sicherheit im karibischen Raum". Die Hintertür der USA wäre dann mehr als in Gefahr. Und wir mit.

Unmögliches Verfahren

sp - Die Vorgänge im Verteidigungsausschuss am Mittwoch, die zu dem bekannten Protest der SPD-Abgeordneten führten, sind mehr als eine Panne. Seit 14 Tagen fragt sich die ganze Welt, wo die beiden verschwundenen Düserjagdbomber der Bundeswehr geblieben sein mögen. Grosse Suchaktionen wurden durchgeführt, und während man sofort nach dem mysteriösen Verschwinden der Bomber verlauten liess, es sei ausgeschlossen, dass die Flugzeuge jenseits des Eisernen Vorhanges sein könnten, wird jetzt erklärt, mit höchster Wahrscheinlichkeit sei damit zu rechnen, sie wären in der CSR gelandet oder zur Landung gezwungen worden. Ein Fall also, der dringend der Aufklärung bedarf.

Zu diesem Zweck waren am Mittwoch der vor kurzem ernannte Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Hopf, und Generalleutnant Kamhuber vor dem Ausschuss erschienen. Sie hatten ein umfangreiches Material mitgebracht, mit dessen Hilfe sie den Abgeordneten alle Einzelheiten der Suchaktion erläutern wollten. Schon diese Tatsache weist darauf hin, dass das Ministerium ursprünglich dem mysteriösen Verschwinden der beiden Flugzeuge grösste Bedeutung beimaass. Plötzlich erklärte der CSU-Abgeordnete Zimmermann, Fraktionskollege des Bundesverteidigungsministers Strauss, er und seine Kollegen wünschten im Einvernehmen mit dem Minister die Absetzung des Berichtes über das Verschwinden der beiden Jagdbomber von der Tagesordnung. Der Minister sei durch eine Kabinettsitzung an der Teilnahme verhindert.

Die Reaktion der SPD-Abgeordneten war verständlich und richtig. Sie verliessen unter Protest die Sitzung, weil sie nicht daran denken, sich von der CSU und ihrem Minister an der Nase heraufzuführen zu lassen. Staatssekretär Hopf und Generalleutnant Kamhuber mussten sich dem CDU/CSU-Wunsch fügen. Sie packten ihr Material ein und gingen verärgert nach Hause.

Es ist kaum anzunehmen, dass der Minister über den Verbleib der Bomber mehr weiss als sein Staatssekretär Hopf und Generalleutnant Kamhuber. Der Bericht dieser beiden Männer, fundiert auf das Untersuchungsergebnis, wäre sicher ausreichend gewesen. Aber offenbar wollte der Minister persönlich in eine zu erwartende Diskussion über die Unzulänglichkeit des Radarsystems eingreifen, von dem man bisher immer behauptet hatte, es sei so gut, dass man jeden Bienenschwarm ausfindig machen könne.

Ferner: Auf den Protest der SPD-Abgeordneten wurde von der CSU erklärt, es sei bedauerlich, dass die Sozialdemokraten den ganzen Vorgang politisch ausnutzten. In einer anderen Version heisst es dagegen, der Vorgang sei politisch so wichtig, dass der Minister unbedingt bei dessen Erörterung dabei sein müsse.

Hier wird ein sehr undurchsichtiges Spiel getrieben, dessen Aufklärung von der Sache und der dabei angewandten Methode her dringend notwendig ist.

Deutsche in der Sowjetunion

(rh) Ein deutscher Redakteur aus Prag hatte bei einem Aufenthalt in Moskau Gelegenheit, die Redaktion der sowjetdeutschen Zeitung "Neues Leben" zu besuchen, die dreimal wöchentlich erscheint. Die Redaktion befindet sich in der Gorkistraße im Gebäude des "Trud", des Zentralorgans der sowjetischen Gewerkschaften. Vom stellvertretenden Chefredakteur der Zeitung hat der Prager Besucher erfahren, daß die Leser "weit entfernt von Moskau" leben, und zwar im Altai, im Gebiet von Tscheljabinsk, Nowosibirsk, im Kohlengebiet Karaganda, im Gebiet Dshambul, in Nordkasachstan, in Omsk und noch in anderen offensichtlich durchwegs sibirischen Gebieten. Die Moskauer Redaktion erhalte Hunderte von Briefen dieser Sowjetdeutschen, die als sehr fleißig und erfinderisch bezeichnet werden, und die sich auch am öffentlichen Leben beteiligten. Beschäftigt werden sie vor allem in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Von den Sowjetdeutschen wird weiter gesagt, daß sie alle die russische Sprache beherrschen, so daß "Neues Leben" nicht gezwungen sei, die offiziellen Mitteilungen abzudrucken, da diese von den Sowjetdeutschen in der "Prawda" nachgelesen werden könnten. Ihre Kinder lernten in den Schulen sowohl russisch als auch deutsch. Tatsächlich besteht in Teilen der Sowjetunion die Möglichkeit, über lokale Behörden Deutschunterricht in den Schulen zu beantragen, wovon z.B. in der russischen Sowjetrepublik, die den Großteil der europäischen Sowjetunion umfaßt und das Kernland der Union bildet, nach vor einiger Zeit erfolgten Moskauer Berichten weitgehend Gebrauch gemacht wird. Die Moskauer deutsche Zeitung lebt in ihrem redaktionellen Teil weitgehend von den Briefen, die sie von den Sowjetdeutschen erhält und in denen diese von ihrer Alltagsarbeit berichten.

Viele Sowjetdeutsche arbeiten in der Landwirtschaft und es wird hervorgehoben, daß sie sich um die Bereicherung neuer Bibliotheken mit deutschen Büchern kümmern. In der Lenin-Kolchose in Nordkasachstan hätten die deutschen Melkerinnen als erste beschlossen, Hausbibliotheken anzulegen, denn "sie verdienen gut und leben im Wohlstand". Im Kohlerrevier Karaganda, wo es demnach viele Sowjetdeutsche geben muß, sind in den Straßen bunte Plakate aufgetaucht, die über die Gründung eines deutschen Laienkunstkollektivs berichteten. Auch ein Konzerttrio wurde vorbereitet und beim Klub der Grube 55 bis 70 eine Laienkunstgruppe aus 40 deutschen Schülern gebildet. Der Schauspielzirkel dieser Gruppe studiere die im Moskauer "Neuen Leben" veröffentlichten Einakter sowjetdeutscher Verfasser ein.

Bezeichnend ist die Schlußfolgerung, die der Prager Besucher aus der gewonnenen Kenntnis des Lebens der Sowjetdeutschen zieht: "Die deutsche Sprache zu pflegen steht also nicht im Widerspruch zum Erlernen der tschechischen Sprache, die in unserem Staate dieselbe Rolle spielt wie die russische in der Sowjetunion. Unsere Leser sollten über die angeführten Beispiele aus der Sowjetunion nachdenken und die Schlußfolgerungen daraus ziehen".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel